

Wengi BLICK

SP Stadt Solothurn www.spstadtso.ch

Einladung zur Parteiversammlung

vom Montag, 26. Februar 2007

19.30 Uhr

Restaurant Volkshaus

1. Protokoll der Parteiversammlung vom 10. Januar 2007
2. Mutationen
3. Kommissionen
 - diverse Nominationen
4. Bericht aus dem Gemeinderat
 - Schulenplanung
 - Konzept Weissenstein plus
5. Bericht aus dem Kantonsrat
 - Sozialgesetz
6. Verschiedenes
7. Schwerpunktthema "Einheitskasse"
Referentin: Bea Heim, Nationalrätin

Liebes Parteimitglied

Nach sechs Jahren als Parteipräsident der SP Stadt Solothurn, werde ich auf die Parteiversammlung vom 12. September 2007 von diesem Amt zurücktreten.

In den letzten 6 Jahren habe ich viele von euch kennen und schätzen gelernt. Für mich war die Aufgabe sehr interessant und lehrreich. In meiner Rolle als Präsident musste ich lernen, meine Person und mein Temperament ein wenig zu zügeln und im Interesse der Partei tragfähige und für alle akzeptable Lösungen zu suchen. Ich hoffe, dass mir das gelungen ist.

Ganz herzlich danke ich Barbara Probst, die mich in all den Jahren als Vizepräsidentin und gute Freundin unterstützt, beraten und zuweilen auch im rechten Moment mal gebremst hat ;-)

Der Vorstand hat nun eine Gruppe eingesetzt, die sich mit meiner Nachfolge befasst und erstmals an der nächsten Parteiversammlung über das Vorgehen informieren wird.

Ich bedanke mich schon jetzt für die breite Unterstützung, die ich von Euch genossen habe und für das Vertrauen, das Ihr mir entgegengebracht habt - MERCI!

Liebi Grüess
Adrian Würgler, Parteipräsident

"Für eine Einheitskasse"

von Bea Heim, Nationalrätin



Das Krankenversicherungsgesetz sichert uns allen eine gute medizinische Versorgung. Das ist nicht gratis zu haben; für viele Menschen sind die Prämien nicht mehr verkraftbar.

Gut für Familien, für mittlere und tiefe Einkommen

In keinem anderen Land haben Gutsituierte so günstige Tarife für eine so gute Gesundheitsversorgung. Während die Prämienbelastung vielen Familien bis zu 10% ihres Haushaltbudgets weg frisst, belastet sie die Reichsten zu weniger als 3%. Diese Ungerechtigkeit will die Initiative beseitigen: Wer mehr hat, soll mehr bezahlen, wer wenig hat, wird entlastet. Dieser Grundsatz soll in der Verfassung verankert werden. Die Umsetzung ist dann Sache des Parlaments in Bern, das letzte Wort hat auch hier das Volk.

Ein Raubzug sei das auf Gutsituierte, wettern die Bürgerlichen. - Urteilen Sie selbst: Ist es gerecht, wenn Herr Ospel mit seinem Millionengehalt gleich hohe Prämien bezahlt wie ein Chauffeur mit seinen 4'500 Franken im Monat? Meine Antwort ist nein, darum sage ich ja zur Initiative. Keine Prämien mehr für Kinder und Jugendliche in Ausbildung und spürbar tiefere Prämien für zwei Drittel der Bevölkerung!

Ist es gerecht, wenn Herr Ospel mit seinem Millionengehalt gleich hohe Prämien bezahlt wie ein Chauffeur mit seinen 4'500 Franken im Monat?

Das Gesundheitssystem ist für die Gutsituierten in diesem Land viel zu billig, für Familien und Alleinstehende mit kleinen und mittleren Einkommen aber viel zu teuer. Sozialismus im Gesundheitswesen? – Lächerlich, angesichts der politischen Mehrheiten in Bern wird ein Ja zur Initiative kaum zu einer Revolution führen, aber endlich zu einem gerechteren Prämiensystem.

Krankenkassenbosse zittern um ihren Job

Der Krankenkassenverband Santé Suisse führt einen erbitterten Kampf gegen die Initiative. Dass er dies mit unseren Prämiengebern tut, ist ein Skandal. Die Motive sind durchsichtig: Die Einheitskasse wird die Millionen verschlingende Jagd auf die „guten Risiken“, die fitten Jungen, welche die Solidarität untergräbt, stoppen. Der Wettbewerb wird sich auf die Zusatzversicherungen beschränken. Darum zittern die Kassenbosse um ihre Jobs und ihre hohen Löhne. Es braucht eben keine 86 Verwaltungsräte und keine 86 Chefetagen mehr. Dagegen müssen die Sachbearbeitenden keine Angst um ihre Arbeitsplätze haben. Denn die Dossiers der Versicherten geben auch bei einer Einheitskasse gleich viel zu tun wie heute. Nur braucht es dann keine Prestige-Paläste und keine unverschämten Gewinne mehr.

Tun wir endlich etwas für ein bezahlbares Gesundheitssystem, statt bloss davon zu reden.

Bea Heim, Nationalrätin

"Wenn die Gletscher schwitzen!"

Das Wetter spielt verrückt. Fast zwanzig Grad Celsius mitten im Winter, dann Orkanstürme über Europa und nach kurzem Temperatursturz wieder Frühlingswetter. Das bringt die Gletscher zum Schwitzen und uns Menschen hoffentlich zur Einsicht: Wir müssen handeln und zwar jetzt. Der Klimawandel bedroht auch das Alpenland Schweiz. Die Energiepolitik braucht einen Richtungswechsel, hin zu mehr Energieeffizienz und zur Erforschung und konsequenten Nutzung von erneuerbaren Energien. Sonst drohen Lücken in der Energieversorgung, eine zunehmende Auslandsabhängigkeit, eine stärkere CO₂-Belastung der Umwelt und die Klimaerwärmung, die unsere Gletscher zum Weinen und die Wirtschaft ins Hintertreffen bringt.

Die Energieeffizienz ist der Schlüssel zur Zukunft

Die Möglichkeiten zu mehr Energieeffizienz sind beträchtlich, vor allem bei Gebäuden, bei Geräten und Fahrzeugen. Obwohl schon oft besprochen, wirklich durchgesetzt hat sich dieser Ansatz noch nicht. Die Strategie der Freiwilligkeit hat kaum zu Verbesserungen geführt. Die Politik muss handeln! Nichts zu tun ist bedeutend teurer als Investitionen in Energieeffizienz und er-

neuerbare Energien. Die SP hat mit der kostendeckenden Einspeisevergütung die Initialzündung dazu gegeben! Darauf können wir stolz sein. Das wird Investitionen in erneuerbare Energien und neue Technologien auslösen, die Dezentralisierung und Diversifizierung der Stromproduktion fördern, die Versorgungssicherheit verbessern und zudem Arbeitsplätze in der Schweiz generieren und sichern.

Gebäude-Energieausweis und Förderung verbrauchsarmer Motorfahrzeuge

Ich fordere die Einführung eines Energieausweises für Gebäude. Dies schafft Transparenz und Wettbewerbsdruck, die Gebäude energetisch zu optimieren. Das Potenzial der Energieeinsparung bei Gebäuden ist enorm, das Plus an Komfort auch, wegen fehlender Anreize aber wurde es bisher kaum genutzt. Ich bin gespannt, ob der Bundesrat bereit ist zu handeln. Immerhin will er mein Postulat, die Einführung der proportionalen Mehrverbrauchsabgabe zur Förderung verbrauchsarmer Motorfahrzeuge nun umsetzen!

Es braucht aber noch mehr!

Die SP-Fraktion fordert eine Klima-Sondersession unter dem Titel „Zur Erhaltung des Wohlstands – Klima-

schutz durch Energieeffizienz und erneuerbare Energien“. Dort soll ein Bündel griffiger und kurzfristig umsetzbarer Massnahmen verabschiedet werden: Z.B. Minergiestandard für Neubauten; Ersatz der Öl- und Gasheizungen bis 2017 durch Hybridheizungen und den Einsatz erneuerbarer Energien, Sanierungsprogramme für Elektroheizungen, Begrenzung der CO₂-Emissionen von Neuwagen, Emissionshandel für den Flugverkehr, Eintauschboni für Spargeräte (Vorstoss Bea Heim: mit besseren Geräten und Lampen kann ein Haushalt seine Stromrechnung um ca. Fr. 400.-/J. reduzieren).

Auch auf der Stufe der Gemeinden ist einiges möglich.

Mit einer effizienten Strassenbeleuchtung zum Beispiel könnte die öffentliche Hand die Hälfte der Stromkosten im Jahr einsparen! Mit verbindlichen Verbrauchsvorgaben dieser Art kann der Energieverbrauch generell massiv reduziert werden und zwar erst noch mit mehr Komfort. Ich spreche aus Erfahrung. Die Solarzellen auf unserem Dach und die energetischen Sanierungen haben sich bewährt und für ein gutes Wohnklima gesorgt!

Parteiversammlung vom 10. Januar 2007

Beginn: 19:30

1. Protokoll der Parteiversammlung vom 07. Dezember 2006

Das Protokoll wird genehmigt und
verdankt.

2. Mutationen

Keine.

Die bessere Zahlungsmoral wird
hervorgehoben.

3. Bericht aus dem Gemeinderat

Katrin Leuenberger berichtet:

a) Bericht UK Landhaus:
Hauptprobleme waren:
Mangelndes Projektmanagement,
schlechte Kommunikation
(Kernteam der EWG hat nie
getagt)

4. Bericht aus dem Kantonsrat

Markus Schneider berichtet:

" Christine Bigolin ist 2007
Vizepräsidentin

" Prämienverbilligung wurde
erneut abgelehnt

" Neu 51er Quorum im KR

5. Verschiedenes

"Die SP Mitglieder waren
schlecht vertreten an der
Gemeindeversammlung (1/3 zu
2/3 für Steuersenkung)

6. Nomination

- Markus Schneider und
Aschi Leuenberger erklären ihre
Motivation zur Kandidatur im
Sinne des Textes im WB.

Danach beantworten sie Fragen
aus dem Plenum

- Beide werden mit
Akklamation nominiert zu
Handen der Kantonalpartei.

2007-01-29/ma

Protokoll: Markus Arnold



Agenda

Donnerstag, 22. Februar

Parteitag SP Kanton
19.30 Uhr, Hotel Engel,
Dornach

*Interessierte sollen sich bei
Adi melden*

Montag, 26. Februar

Themenabend
SP Stadt
11.00 Uhr, Restaurant
Volkshaus

Samstag, 3. März

SP Stamm
Restaurant Volkshaus
11.00 Uhr

Samstag, 7. April

SP Stamm
11.00 Uhr
Restaurant Volkshaus

Das Zitat

„Die Gesundheit ist
zwar nicht alles, aber
ohne Gesundheit ist
alles nichts“

Arthur Schopenhauer, (1788 -
1860), deutscher Philosoph

Gesucht

2 Mitglieder & 1 Ersatzmitglied für die Sportkommission

1 Mitglied für die Bezirksschulkommission

1 Ersatzmitglied für die Beschwerdekommision

1 Ersatzmitglied für die Finanzkommission

1 Ersatzmitglied für das Wahlbüro Schulhaus Brühl

1 Ersatzmitglied für die Jugendkommission

1 Ersatzmitglied für die Planungskommission

InteressentInnen sollen sich bitte bei melden bei:

Adrian Würgler (Adi), adriano@solnet.ch, Tel. 078 682 68 04